



Strache: Merkels Flüchtlingspolitik ist kriminell

✘ Heinz Christian Strache, Chef der Freiheitlichen Partei Österreich (FPÖ, Foto) hielt am Montag, mit Blick auf den österreichischen Nationalfeiertag am 26. Oktober, in Wien eine „[Rede zur Lage der Nation](#) aus freiheitlicher Sicht“. Unter dem Motto „Das Recht geht vom Volk aus“ nahm er in seiner rund 90-minütigen Ansprache neben der österreichischen Bundesregierung, den „gekauften Medien“, der Türkei, CETA, TTIP und der EU auch Angela Merkel und ihre sogenannte „Flüchtlingspolitik“ ins Visier. Mit ihrem zähen Festhalten daran, beweise die deutsche Kanzlerin nicht nur, dass sie die mächtigste, sondern leider auch die gefährlichste Frau Europas sei, für die der Grundsatz „Das Recht geht vom Volk aus“ nur eine leere Worthülse sei. Ihre Flüchtlingspolitik sei „unverantwortlich und kriminell“, so Strache.

Merkel habe den „Startschuss zur größten Völkerwanderung seit Jahrhunderten“ gegeben. Das habe fatale Folgen. „Durch den ungebremsten Zustrom von kulturfremden Armutsmigranten, die in unsere Sozialsysteme einsickern, wird unser von Solidarität und Zusammenhalt getragenes gesellschaftliches Gefüge in seinen Grundfesten erschüttert und das macht mittelfristig einen Bürgerkrieg nicht unwahrscheinlich“, sagt der FPÖ-Chef und bezog sich auch auf die durch Eindringlinge verübten

Sexualdelikte. Mittlerweile täten sich Abgründe des Bösen, die wir vor einem Jahr noch tausende Kilometer südlich von uns verorteten hatten, auch im Herzen Europas auf, sagt Strache.

Einen EU-Beitritt der Türkei findet er unrealistisch und unzumutbar. Und auch die Lumpenpresse bekam ihr Fett weg. Die Bürger würden durch „gekaufte Medien“ bevormundet, die veröffentlichte und öffentliche Meinung klaffe weit auseinander. Kritik der FPÖ an den Zuständen im Land werde nicht nur ins Lächerliche gezogen, sondern gar kriminalisiert. Selbsternannte Moralrichter übten im Gewand der Political Correctness geistige Zensur aus. Die FPÖ werde sich aber nicht den Mund verbieten lassen, die Sorgen der Bürger ernst nehmen und Missstände weiter unbeirrt beim Namen nennen. Er und seine Partei würden weiter für die Meinungsfreiheit und ihre Überzeugungen kämpfen und sich nicht mundtot machen lassen, versprach er seinem es ihm mit Beifall dankenden Publikum.

Hier ein kurzer Zusammenschnitt der Rede: